

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. August 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergnügungsinferte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 92

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Freibeutereien und Rücksichtslosigkeit in unserm Gewerbe (Schluß).

Volkswirtschaft: Agrarfragen, IV.

Korrespondenzen: Karlsruhe. — Mannheim-Ludwigshafen (M.-S.). Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Erhöhung des Kostpreises für Belegblätter im Bauwesen. — Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge. — Industrielle Kriegsanforderungen als Gefahr für die Zukunft. — Einfluß des Krieges auf die ökonomischen Gewerkschaften. — Die gewerkschaftliche Internationalität in englischer Beleuchtung.

Freibeutereien und Rücksichtslosigkeit in unserm Gewerbe

Wie aus der Betrachtung über den Arbeitsmarkt unseres Gewerbes in Nr. 86 hervorgeht, ist in einer Anzahl größerer Druckstädte der Höhepunkt mit dem Gehilfenmangel überschritten, Arbeitslosigkeit hat sich wieder eingestellt, und sie wird als Folge der angeordneten Umfangverringerung bei den Zeitungen, der zu erwartenden bei Zeitschriften usw. wie noch des Rückganges der Drucksachenaufträge wegen durch die gestiegenen und gestiegenen Papierpreise wohl größere Kreise ziehen. Auch Papiermangel, von dem nach einem Artikel der „Zeitschrift“ (8. August) eigentlich keine Rede zu sein braucht, wird dazu beitragen. Im Allgemeinen sieht es ja noch nicht so aus, wie die in Nr. 86 aufgeführten 14 Druckorte in den drei ersten Südwochen bereits Arbeitslose aufzuweisen hatten, das Bild kann sich aber schnell ändern. Das von den „Firtwanger Nachrichten“ in der zweiten Sunihälfte gewählte Beispiel der Freilassung der vierten Seite zur Motivierung des Personalmangels wird ein Ausnahmefall bleiben.

Es macht sich daher notwendig, mit einem Zustande wieder aufzuräumen, der in der Zeit der schlimmsten Not hingehen konnte, das ist die Nebenarbeit in andern Druckereien. Niemand hat etwas dagegen gehabt, wenn Urlauber, Kriegsbeschädigte oder Verwundete auf längere oder kürzere Zeit einsprangen, das mußte vielmehr begrüßt werden, schon, um bestimmte Absichten gewisser Prinzipale zu durchkreuzen. Aber ein förmliches Geschäft daraus zu machen und noch im Juli danach zu gaffern, das ist denn doch mehr, als die Umstände es verlangen, zumal hauptsächlich oder ausschließlich Berlin dafür in Betracht kommt, wie nach den in der „Buchdruckerwoche“ erschienenen Gehilfeninformaten zu schließen ist.

Wir erfuhren zu Anfang April, daß zwei Linotypsetzer einer Großstadt, die vollständig militärfrei sind und längere Praxis besitzen, auf ihre Veränderungsgelüste nicht eine einzige Offerte erhalten haben, obwohl sie nicht etwa übermäßige Ansprüche stellten. Das war in der besten Geschäftszeit und in der Zeit größten Maschinenfehlmangels. Am 6. Juli aber bot sich in dem erwähnten Berliner Fachblatt ein Linotypsetzer für Abendhalbschicht (8—12 Uhr) an, am liebsten im Betrieben. Ein Typographsetzer (A und B) wünschte am 20. Juli von 5 Uhr ab Beschäftigung. Dabei waren in Berlin in den drei ersten Juliwochen acht Maschinensetzer konditionslos. Seher aller Art infertieren vornehmlich im Mai nach einer zweiten Kondition (zwei zugleich als Schweizerdegen, einer als Seher, Drucker und Stereotypsetzer); dabei einer bis 11 Uhr vormittags anderswo arbeiten wollte, erscheint noch verwunderlicher. In den Seheranzeigen dieser Art stand ganz klar zu lesen, daß nur Berlin in Betracht kommt. Die Schweizerdegen sind während des Krieges wieder ein recht begehrter Artikel geworden. Es scheint ihrer auch noch genügend zu geben. Die im „Kleinlich“chen Anzeiger von der Firma Pöschel in Iffeld (Harz) am 28. April veröffentlichte Anzeige: „Für alle febl. Angebote besten Dank! Leider kann ich ja nur eins annehmen“, spricht unverkennbar dafür. Unter den Nachfaterabendarbeitern sind jedoch Schweizerdegen am meisten vertretet. Ein Neuschiffenberger ist im Juli gleich zweimal anzutreffen gewesen; er wünschte Abendbeschäftigung, ist aber auch mit stundenweiser Tätigkeit zufrieden. Ein anderer Kollege dieser Sparte machte

mit seinen vielseitigen Fähigkeiten größeren Sums. Dergleichen Ende Juli auch ein Maschinenmeister, der sich als tüchtiger Flach- und Rotationsdrucker, mit reichen Erfahrungen im Farben-, Illustrations-, Platten- und Werkdruck, für Abendarbeit empfiehlt. Das wirkt direkt peinlich, denn wenn Prinzipale tatsächlich die Not so auf die Nägel brennen, fragen sie nicht danach, ob jemand ein fachmännisches Wundergenie ist. Ein anderer Maschinenmeister gibt zu erkennen, daß er eventuell auch als Schweizerdegen eine bedrohte Firma vor dem Untergange bewahren kann; dabei stellt er seine freie Zeit reiflos zur Verfügung, denn es ist ihm gleich, ob er in den Abendstunden, in der Nacht oder Sonntags dem Herrn Nr. 2 dienen darf. Ein aus dem Felde zurückgekehrter, bis 1. Dezember Erholungsurlaub genießender Hilfsarbeiter hat von dem Zweck seiner Überweisung in die Heimat eine sonderbare Auffassung, bietet er sich doch für die Zeit von 6 bis 11 Uhr abends zum Papierschnneiden, Anlegen und zu Nebenarbeiten an. Womit mag sich dieser Mann fagsüber „erholen“? Es wird nach diesen für Berlin geltenden Proben — nur die markanteren Inferrate haben Erwähnung gefunden — von den Prinzipalen nicht behauptet werden können, daß in der Gehilfenschaft kein Verdänis für die Not der Zeit vorhanden gewesen ist, man könnte auf Grund dieser Anzeigen vielmehr von förmlicher Aufopferung reden. Wir sind jedoch der Meinung, daß mit dieser aufreibenden Nebenarbeit Schluß gemacht werden muß. Die Verhältnisse haben sich geändert, ändern sich weiter, die Arbeitslosen mehren sich, und da ist es wahrlich nicht notwendig, daß Arbeitswütterliche sich zur Freierabendarbeit usw. wie warme Semmeln anbieten. Es ist nicht nur auf die Interessen der Prinzipale Rücksicht zu nehmen, es gilt in erster Linie der Pflicht gegen seinesgleichen zu genügen.

Seherinnengefuche und -angebote begannen sich in den letzten Monaten im „Allgemeinen Anzeiger“ wie in der „Buchdruckerwoche“ ebenfalls einzunisten. In dem zweitgenannten Fachorgan suchte am 20. Juli noch eine gewandte Siegeldruckerin, die selbständig einrichtet und anlegt, dauernde Beschäftigung; sonst sind vom Juli an weibliche Kräfte für Gehilfenarbeit nicht mehr in diesen Anzeigenblättern zu finden gewesen. Von Tageszeitungen wurden vor dem Geluche dieser Art verschiedentlich gebracht. Die nachdrückliche Anwendung der tariflichen Bestimmung, daß Handseherinnen nur wie Gehilfen zu entlohnen sind, daß das Anlernen und Beschäftigen von Maschinenseherinnen der Genehmigung seitens des Tarifamts bedarf und dann Gehilfenbezahlung gewährt werden muß, wie der von den Gewerbeberichten eingenommene Standpunkt, daß an Stelle von männlichen gelerntem Arbeitern tretende weibliche Personen zu den tariflichen Bedingungen eines Gewerbes beschäftigt werden müssen — das alles hat zusammen gewirkt, um hier nicht halbtote Zustände einreihen und die Freibeuterei groß werden zu lassen. Die Firma Reismann-Grone hatte, wie aus dem Essener Verammlungsbericht in Nr. 75 hervorgeht, einen neuen Seiten sprung versucht; die endgültige Abweisung durch das Tarifamt sorgte jedoch wieder dafür, daß die Kirche im Dorfe bleibt. Die Anerbietungen von Seherinnen waren manchmal gar nicht mehr so ohne. Eine Appenfingerin hält sich für in allen Sacharbeiten bewandert wie auch an der Maschine, wobei wohl die Sehmalschine gemeint ist, und bevorzugt Baden oder Müritzkowen. Eine andre will im Zeitungs- und im wissenschaftlichen Sache korrekt sein, wieder eine andre empfiehlt sich als Inferrate. Das Beste wurde geleistet in einem Gesuche nach zwei Seherinnen für eine süddeutsche hübsche Kleinstadt in eine Druckerei, von der es gewissermaßen rühmend heißt, daß dort männliche Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt sind. Der Tarif sollte bezahlt und Reiseentschädigung gewährt werden. Hoffentlich wird dieses Frauenparadies bald wieder von Maschinenmenschmach gemacht, wie denn die Männerarbeit in unserm Gewerbe nunmehr wieder zu ihrem alten Rechte kommen muß, denn arbeitslose Gehilfen und beschäftigte Gehilfinnen andererseits geben ein schiefes, unsoziales Bild.

In einer ganzen Anzahl von Aufschriften an die Redaktion handelt es sich um Bezahlung der Reklamarten und sogenannten Anabkömmlichen. Daß solche Gehilfen, die doch im wahrsten Sinne des Wortes den betreffenden Prinzipale begründenswerte Nothelfer sein müßten, nicht so selten mit dem Minimum abgeseift oder ihnen die doch ebenso bedürftigen Feuerungszulagen vorenthalten werden, ist als eine schlimme Freibeuterei zu bezeichnen. Derartige Gehilfen befinden sich ja in einer gewissen Zwangslage, wenn sie manchmal auch für größer gehalten wird, als es in Wirklichkeit der Fall ist, aber das Verhalten derartiger Prinzipale ist direkt rücksichtslos.

Mit der Seifenlieferung an das Personal wird auch Anzug getrieben. Die Bundesratsverordnung für Buchdruckereien hat durch die amtliche Seifenverjorgung Durchlöcherung erfahren — besteht aber sonst zu Recht, was verlockend außer acht gelassen wird —, die Bemühungen des Tarifamts wie des Deutschen Buchdruckervereins bei der Regierung sind leider erfolglos geblieben. Den Personalen muß aber irgendein Ersatz geliefert werden. In der „Zeitschrift“ sind von Prinzipalen selbst mancherlei Wasmittel empfohlen worden, so ratlos sind die Verhältnisse hier also gar nicht. Wie in der „Rundschau“ von Nr. 64 des „Korr.“ bereits mitgeteilt wurde, hat das Gewerbeberichts in München bei Tarifverhandlungen der Lithographen und Steindruckere eine Abföhung von 25 Pf. pro Kopf und Woche festgesetzt, wenn Ersatzmittel nicht zu beschaffen sein sollten. Das ist also auch ein Ausweg, wenngleich 25 Pf. bei den jetzigen Preisen für andre Wasmittel wenig genug ist. Es geht aber auf keinen Fall an, dem Personal einfach zu überlassen, wie es mit der seifenlosen Zeit fertig wird.

Es könnten noch Vorgänge angeführt werden, die über Freibeuterei und Rücksichtslosigkeit weit hinausgehen. Zum Teil sind diese Angelegenheiten erledigt, zum andern kann zur Zeit darüber noch nicht öffentlich gesprochen werden, driffens finden sie Erörterung, wenn die Zeit erfüllt ist und das einschlägige Kapitel auf der Tagesordnung steht. Was in der Einleitung zu diesen drei Artikeln gesagt ist, hat jedenfalls durch die gemachten Ausführungen reichlich Befestigung gefunden. Aber nicht nur gewisse Prinzipale haben allen Anlaß, die gewerblich guten Sitten besser zu respektieren, sondern auch eine Kategorie von Gehilfen hat sich aus diesen Darlegungen manches zu Serzen zu nehmen.

Volkswirtschaft

Agrarfragen.

IV. Serren und Knechte.

„... Noch erringt mit Mühe unser Geschlecht seinen Unterhalt und seine Fortdauer von der widerstrebenden Natur. Noch ist die größere Hälfte der Menschen ihr Leben hindurch unter harter Arbeit gebeugt, um sich und der kleinen Hälfte, die für sie denkt, Nahrung zu verschaffen. Noch sind unsterbliche Geister genötigt, alles, ihr Dichten und Trachten und ihre ganze Anstrengung, auf den Boden zu heften, der ihre Nahrung trägt. . . . Aber es ist nicht die Natur, es ist die Freiheit selbst, die die meisten und die fürchterlichsten Anordnungen unter unserm Geschlechte verursacht. Noch durchtrennen gelieferte Serren von Widlen ungeheure Wälfenien; sie begegnen sich in der Wäffe und werden einander zur festlichen Speise. Oder, wo die Kultur die widlen Haufen endlich durch das Gesetz zu Völkern vereinigte, greifen die Völker einander an mit der Macht, die ihnen die Vereinigung gab, und das Gesetz, den Müßiggang und dem Mangel frohend, durchziehen die Heere friedlich Wald und Feld; sie erblicken einander, und der Anblick von ihresgleichen ist des Morbes Lösung. Mit dem Höchsten, was der menschliche Verstand erkennen, ausgerückt, durchschneiden die Kriegsstoffen den Ocean; durch Sturm und Wellen hindurch drängen sich Menschen, um auf der einlanten, unwirbaren Fläche Menschen zu suchen; sie finden sie, und trocken der Mut der Elemente, um mit eigener Hand sie zu vertilgen. . . .“ Also zeichnete schon vor über 100 Jahren der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte die Welt, in

der er lebte, strebte und hoffte. Und heute leben wir in einer Zeit, auf die das Weltbild, das dieser große deutsche Denker in seinem kleinen aber lichtvollen Werkchen „Die Bestimmung des Menschen“ zum Ausgangspunkt einer erhabenen und wunderbaren Schilderung der Zukunft des Menschengeschlechtes nahm, noch viel eher und genauer zutreffen scheint als zu Lebzeiten dieses. Und doch sträubt sich in uns beim Niederschreiben dieser Worte ein inneres Gefühl gegen die naheliegende Schlussfolgerung, daß es nicht besser geworden sei, sondern schlechter und elender um das ganze Menschengeschlecht. Des Tages Mühe und Not, die gegenwärtig auf uns lasten, drücken schwer; aber noch unheimlich schwerer müßte uns unser Leben erscheinen, wenn wir die Gewißheit hätten, daß alle Menschenopfer, alles Entlagen, umsonst ertragen werden muß, und keine bessere Zeit uns mehr befehlen sein kann. Wäre dem so, dann müßte man wohl oder übel die ganze Menschheitsgeschichte als eine lächerliche Komödie beurteilen und wünschen, daß es nach der Nacht des heutigen Tages für helmen Menschen einen neuen Morgen mehr gäbe.

Aber es ist nicht so. Die Wirklichkeit ist rauh, aber an sich nicht unehrlich. Sie ist nur rauh für uns als Folgeerscheinung von Ursachen, die auf verbesserungsfähige Anvollkommenheiten des menschlichen Wissens und Könnens zurückzuführen sind. Alles ist relativ. Ohne Nacht kein Tag, ohne Hoch kein Tief, ohne Berg kein Tal, ohne Reiche keine Arme, ohne Summe keine Flügel, ohne Knechte keine Herren und ohne Herren keine Knechte. Eins ergibt sich aus dem andern und mißt sich an andern. Alles kann nur gesehen in dem Maße, wie es nicht gehindert wird. Und alles Geschehende formt sich und geschieht nach dem Grad und der Form der Hindernisse, die es zu überwinden hat. Es mag lächerlich erscheinen, so zu sagen, daß die Lage eines Sandkörnchens am Meeresstrande bestimmend sein kann für das Leben unzähliger Menschen. Wer sich aber Mühe gibt, darüber nachzudenken, daß die Lage jedes Sandkörnchens bestimmt wurde von der Stärke eines Luftzuges, und daß diese Windstärke von einer gewissen Wärme der Luft und Wellenbewegung der Meeresfluten, also von Sturm und Wetter mit Blitz und Donner abhängt usw., der wird auch daran nichts Besonderes mehr finden, wenn wir im Zusammenhange volkswirtschaftlicher Studien die Agrarfragen in ihren Ursachen und Wirkungen sozusagen als den ruhenden Pol in der Erscheinungsfucht beurteilen. Sie, die Agrarfragen, zeigen uns den Menschen in seiner stärksten Abhängigkeit von der Natur, sie beleuchten uns aber auch das Maß und die Wirkungen seiner Bemühungen, sich dieser Fesseln zu entledigen und zum Herrn der Natur zu werden. Daß dieser Kampf zunächst die Menschen selbst in Herren und Knechte scheidet, ist zweifellos eine natürliche Folge dieses naturwidrigen Unternehmens, muß aber ebenfalls nur als Voraussetzung einer natürlichen Schulung und Stärkung des menschlichen Wissens und Könnens beurteilt werden. Daß diese Schulung und Stärkung des menschlichen Geistes in unsern Tagen nicht den Weltkrieg verhindert hat, begünstigt weniger seine Schwäche als vielmehr seine über die natürlichen Grundlagen weit hinaus gewachsene ungleiche Verteilung und Spaltung in sozialwirtschaftlicher Hinsicht, die in dem Gegensatz zwischen Herren und Knechten ihren umfassenden Ausdruck finden. Diesen Gegensatz in seiner Bedeutung für die Gegenwart auf der Basis der Agrarfragen näher kennen zu lernen, sei heute unser Ziel.

Mit unsrer Darstellung der Beziehungen zwischen „Boden- und Geisteskultur“ in Nr. 52, mit jener der Beleuchtung der „Sozialwirtschaftlichen Grundlagen“ in Nr. 68, wie auch mit der Untersuchung der Verhältnisse zwischen „Stadt und Land“ in Nr. 77 haben wir nach unsrer Auffassung ein genügend festes Fundament gelegt, auf dem sich ein höheres Verständnis der kulturellen, wirtschaftlichen und psychologischen Zusammenhänge des Begriffs der Herrschaft und Knechtschaft im Rahmen der Agrarfragen aufbauen läßt. Die Beziehungen zwischen Boden- und Geisteskultur zeigen uns die Bedeutung und den Wert des Bodens als wichtigster Nährwertquelle für alle Menschen und zu allen Zeiten. Die sozialwirtschaftlichen Grundlagen zeigen uns das gegenseitige Ringen der Menschen um die Früchte des Bodens erkennen. Und der Überblick über die Verhältnisse zwischen Stadt und Land entrollt uns die Ursachen und Wirkungen der Landflucht wie des Zuges nach der Stadt in einer Weise, die das Kapitel von den Herren und Knechten in mannigfacher Hinsicht sozusagen naturgemäß an die Oberfläche oder in den Vordergrund drängt. Im Kampfe zwischen Boden- und Geisteskultur fanden wir das Ringen des menschlichen Geistes um materielle und ideelle Freiheit als die Triebfeder alles menschlichen Strebens. Die sozialwirtschaftlichen Grundlagen zeigten uns die Bedingungen und Mittel, die zur Überwindung oder Bemeisterung feindlicher Naturkräfte im Kampfe zwischen Mensch und Boden und zu immer stärkerer Förderung geistiger und persönlicher Freiheitsbestrebungen führten. In den Gegensätzen zwischen Stadt und Land lernten wir jedoch Erscheinungen kennen, die auch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Herren und Knechten und gleichzeitig deren enge Verbindung mit alten und neuen Agrarfragen hervortreten ließen.

„Der Mensch wird frei geboren“, sagte Rousseau in seinem berühmtesten Werke („Der Gesellschaftsvertrag“). Aber er fügte dem auch sofort hinzu: „... überall ist er in Banden“. Wo kommt dies her, und woraus löst sich die „Rechtsmäßigkeit“ dieser Umwandlung eines von Natur aus frei geborenen Menschen in seine allseitige Bindung ab? Nur das „Recht“ des Stärkeren, das sich auf materielle oder geistige Überlegenheit stützt, kann die Ursache davon sein. Aber auch der Stärkste ist nie stark genug, um immerdar Herr zu bleiben. Denn die Stärke ist ein physisches und veränderliches Vermögen. Eine sittliche oder ideelle Verpflichtung kann aus ihren Wirkungen

nie hervorgehen. Der Schwache unterwirft sich ihr aus Notwendigkeit, nicht aus freiem Willen. Der menschliche Wille kommt dabei nur insoweit zur Geltung, als er die Unterwerfung des Schwachen unter den Willen des Stärkeren aus Erkenntnis der einzigen Möglichkeit vorläufiger Selbsterhaltung zur Tat werden läßt. Sorgt die Stärke auf, dann auch das „Recht“. Daraus ergibt sich aber auch der logische Schluß, daß Stärke ohne Recht gar keinen sittlichen Wert hat. So wenig man einem Räuber seine Börse gibt, wenn man in der Lage ist, ihn unschädlich zu machen, so wenig ergibt sich aus der Gewalt der Stärke ein moralisch verpflichtendes Recht. Im Gegenteil, die Stärke findet ihren Gegner nur im Aufbau und Ausbau eines ihr entgegengesetzten Rechts der Schwachen. Physische Stärke ist natürliche Brutalität, die nur durch physische Stärke oder ideelles Recht überwunden werden kann. Das führt zu einer vertraglichen oder sozialen Bindung und Verflechtung wirtschaftlicher Grundlagen. Physische Stärke und ideelles Recht sind gleichbedeutend mit dem allgemeinen Begriffe von Kultur; letztere kann aber ohne irgendeine wirtschaftliche Grundlage so wenig existieren als es der menschliche Geist ohne menschlichen Körper könnte. Ebenso kann keine menschliche Wirtschaft existieren, ohne daß nicht irgendwo ein Stück Land die notwendigen Nahrungsmittel hergibt oder dazu von Menschenhand kultiviert wird. Aus dieser Abhängigkeit der Bodenkultur im Dienste der Menschheitskultur sprudelt aber auch die Quelle aller agrarischen Herrlichkeit wie Knechtschaft. Anselangen von der brutalsten Willkürherrschaft und Sklaverei im grauen Altertum bis zur heutigen Großgrundbesitzerherrschaft und einem aller menschlichen Freiheits hobnispredenden Befinderechte finden wir in solchen Agrarfragen die Basis aller jeweiligen Kulturperioden sowohl im Auslande wie im Inlande.

Die ungehinderte Möglichkeit, seine körperlichen Bedürfnisse zu befriedigen, macht den Menschen zum Herrn über alle Glieder seines Geschlechts, die diese Möglichkeit nicht besitzen. Die ursprüngliche Möglichkeit dieser Art ist an den Besitz von Boden oder Eigentum gleichwertiger materieller Güter gebunden. Die Macht des Eigentums ist in ihrer rechtlichen Ausgestaltung zu einer vollkommenen Herrschaft über eine Sache eine historische Erscheinung. Sie ist nicht naturgesetzlich bedingt, sondern geschichtlich geworden, und daher auch fortgesetzt veränderlich. Soweit nun die Grundlagen des Agrarwesens in Frage kommen, sind bis jetzt drei Eigentumsperioden zu unterscheiden: Gemeingeigentum, gebundenes oder geteiltes Eigentum und freies Eigentum. Unter der Periode des Gemeingeigentums herrschte noch die sogenannte Selbstgenossenschaft. Die Wirtschaft der heutigen Naturvölker hat mit diesem Begriff noch viel gemeinsam. In Europa und besonders in Deutschland wurden jedoch schon in frühesten Zeiten je nach der Güte des Bodens und jeweiligen Wirtschaftssystems größere oder kleinere Stücke Land unter die Familienhäupter verteilt, und zwar meist durch das Los. Dieses bildete aber keine zusammenhängende Betriebsfläche, sondern war in der ganzen Gemarkung verteilt, wie größtenteils heute noch bei den russischen Dorfgemeinden. Anfangs erfolgte die Teilung der zu bebauenden Bodenfläche jährlich neu, später, bei der Dreifelderwirtschaft, alle drei Jahre oder auch alle sechs oder neun Jahre. War ein Feld abgeerntet, so fiel es wieder der Gemeinde oder Gesamtheit zu. Weide und Wald waren die längste Zeit Gemeingeigentum und konnten von jedem nach Belieben benutzt werden. Weide, Wald, Wasser und Wild waren die vier Wohlthaten, die allen zugute kamen. Später gingen aber die Lose an, sich zu vererben. Und daraus bildete sich ein Privateigentum an Acker und Feld. Aber Wald und Weide oder „Allmend“ blieben als Gemeingeigentum noch lange bestehen. Die Feldzuweisung an Dorfgemeinden erfolgte in Deutschland nach Fufen (30 Morgen = etwa 7,5 ha), die nach damaliger Wirtschaftsweise dem Nahrungsbedarf einer Familie entsprachen. Durch Erbschaft entstanden dann Halbhufen, Viertelshufen usw. mit vollem Nutzungsrecht an Wald und Weide. Dann bildete sich noch eine Klasse der Zugewanderten, bestehend aus Handwerker, ferner aus solchen, die in der Regel nur ein Haus und nur wenig Ackerland besaßen, außerdem sogenannte Sänsler, die nur ein Haus und gar keinen Grundbesitz hatten und schließlich solche, die nur zur Miete wohnten und ihren Unterhalt als Tagelöhner erwerben konnten oder mußten. Alle hatten aber einen gewissen Anteil an den Gemeindegewinnungen, was aber nach und nach durch die sogenannten Einzugsgelder beschränkt wurde. Auf diese Weise wurde in den meisten Gegenden Deutschlands aus einer ursprünglichen Personalberechtigung nach und nach eine Hofberechtigung nach der Größe des Hofes oder der Hofe.

In die Entwicklung der Hofberechtigungen als Bedingung der zunehmenden Besoldung der Staatsdienste des Lehnswesens durch Landeszuweisung, die anfänglich auf Lebenszeit erfolgte und später erblichen Charakter erhielt. Die Pfarrfründen von heute sind noch Überreste davon. Man gab den Beamten sowie Land, daß sie davon leben konnten und doch soviel freie Zeit bekämen, daß sie für ihre Amtstätigkeit zur Verfügung stehen konnten, wenn sie gebraucht wurden. Von Anfang an übertrafen daher diese Amtskinderen die üblichen Hofe. So entstand allmählich neben dem alten Erbe der Dienstadel. Dazu kam noch, daß wie weltliche so auch kirchliche Ämter entschädigt wurden; letztere erweiterten ihr Bestehen außerdem durch Schenkungen von Leuten, die glaubten, daß dafür ihr Seelenheil besser geschützt sei. Die meisten dieser „Amtskinder“ konnten jedoch nicht im Großbetriebe bewirtschaftet werden, weil die nötigen Arbeitskräfte dazu fehlten. Daher wurden sie von den Nutznießern meist in kleineren Flächen gegen Arbeitsdienste oder Renten verpachtet. So entstand der Grundbesitz

(Fron heißt Herr) oder Herrendienst. Anfangs konnten nur Anreize in solche Abhängigkeitsverhältnisse treten; diese bedeuteten aber für sie meist eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gegen früher. Alle diese Veränderungen führten aber schon frühzeitig zur Grundherrschaft oder Herrschaft der Grundbesitzer. Nach und nach entstand die Anordnung der ganzen Gemarkung durch Anlegung von Fronhöfen. Die darauf ansetzigen Bauern wurden als zum Fron- oder Meierhofe gehörig betrachtet. Der „Herr“ vereinigte alle Bauernstellen seiner Nachbarschaft zu einer gewissen Gemeinwirtschaft. Besonders die Kirche besetzte und vergrößerte auf diese Weise ihren Dauerbesitz. Die Willkür der Grundherrschaft fiel in das 10. und 11. Jahrhundert. Im 12. Jahrhundert erfuhr sie noch eine Stärkung, indem die Grundherren und mannabaren Dienstleute aus den Dörfern hinausgezogen und sich auf nahen Anhöhen Burgen bauten. Im 11. Jahrhundert begann die Kolonisation des ostelbischen Gebiets durch Mitteldeutsche, Franken und Söller. Sie gruppierten sich zum größten Teil freiwillig unter sogenannte Erbschützen, übernahmen gewisse Steuern und Frondienste für den Landesherren daneben lieferten sich dann noch Reiterei an, die des „Dienstes zu Fuß fähig waren“. Diese „erwarben“ später die Schulzenlehnen der Anstellungen mit Erbrecht und Steuererhebung sowie Gerichtsherrschaft. Sie wurden Miniaturherrscher, die Vorfahren unserer heutigen ostelbischen Junker. Sie schufen eine Gutsherrschaft, die viel strenger war als jene in der Heimat der Kolonisten. Und nach und nach eigneten sie sich das ganze Bodenareal an. Das Kriegswesen begünstigte ihr Streben und letzte sie infand, durch das sogenannte Bauernlegen große Wirtschaftsgüter zu bilden. Besonders im 16. Jahrhundert trat dies stark in Erscheinung und zeitigte den Bauernkrieg. Die Erbansässigkeit der Bauern und Dienstfangung baute sich immer mehr aus und steigerte die Abhängigkeit der Bauern ins Unerträglichste. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts fing der Staat an, sich in diese Verhältnisse zu mischen, aber nur, um nicht schließlich alle heuerkräftigen Leute auf dem Lande zu verlieren. Man suchte ferner einen kräftigen Bauernstand, selbst gegen den Willen des Adels, heranzubilden, um — kräftige Soldaten zu erhalten.

Trotzdem blieb aber auch in der Folgezeit das „Recht“ der Herren Sieger über die Bauern, obwohl beide den gleichen Wurzeln entsprossen sind. Die gleiche Entwicklung zeigte sich auch in den übrigen europäischen Ländern. In England gibt es heute fast nur noch Großbesitz. In Frankreich dagegen hat der Staat viel früher zugunsten der Leibeigenen eingegriffen. Der heutige Kleinbesitz in Frankreich auf dem Lande, das Rückgrat der französischen Volkswirtschaft, ist also kein ausschließliches Produkt der französischen Revolution. Ähnlich ist es auch in Süddeutschland, wo gerade die Grundlage der agrarischen Verhältnisse trotz der verhältnismäßig geringen Anbauflächen eine viel freiere als in Norddeutschland ist und sozusagen die Seele dessen ausmacht, was man gewöhnlich unter dem gewissen Etwas versteht, das südlich der Mainlinie anfängt oder aufbricht. Je mehr man aber in Deutschland nach Norden und besonders nach Osten kommt, um so schlimmer steht es mit dem ländlichen Kleinbesitz; um so schroffer ist aber auch der Gegensatz zwischen Herren und Knechten. Daß diese Herren es ferner verstanden haben, ihre agrarische und wirtschaftliche Macht in eine überragende politische Macht umzugestalten, das zeigt sich uns in der blutigen Gegenwart jeden Tag deutlich. Der Barometerstand der Wucherpreise und der sogenannten Kriegsziele erhält seinen Druck in der Hauptsache von jener Seite. Wenn es sich nämlich nur noch darum handeln würde, den freien Weltmarkt für die menschlichen Arbeitsprodukte zu erobern und zu sichern, so bedürfte es dazu keines einzigen Kanonenschusses mehr. Diesen Sieg würde die deutsche Arbeit auf friedlichem Wege trotz englischer oder anderer Gegenströmungen weit eher erringen als durch Kriegsgewalt. In Wirklichkeit spielt aber das alte Problem des Kampfes zwischen Herren und Knechten auch für Anfang wie Ende dieses furchterlichen Kriegs eine verhängnisvolle Rolle. In den Agrarfragen spielt sich nämlich nicht nur der Gegensatz zwischen Stadt und Land ab, sondern auch zwischen Industrie und Landwirtschaft; damit aber auch zwischen Agrarstaat und Industriestaat, zwischen Inland und Ausland. Somit aber auch zwischen wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit im allgemeinen. Die letztere wird so lange ein schöner Traum bleiben, als die wirtschaftliche Freiheit in der Hauptsache an agrarische Vorrechte gebunden ist. Die Preiskurve der notwendigsten Lebensmittel zeigt die Wertlosigkeit dieser Vorrechte für die Volksgesamtheit. Sie beweist sozusagen ziffernmäßig, daß diese Vorrechte direkt volksfeindlich sind. Damit haben jene Ansehungen recht behalten, die in allen bisherigen agrarischen Schutzgesetzen und Tendenzen eine Schwächung der von eigener Scholle entlassenen Volksgenossen in Stadt und Land erblickten, und zwar nicht nur innerhalb des engeren Vaterlandes, sondern auch über seine Grenzen hinaus. Inwiefern eine solche Entwicklung die gegenwärtige Katastrophe begünstigt oder verursacht, kann an dieser Stelle gegenwärtig nicht untersucht werden. Soviel aber ist sicher und kann mit ruhigem Gewissen aus unsrer Betrachtung des Problems der Herren und Knechte auf agrarischer Grundlage geschlossen werden, daß wenn dieser Weltkrieg der schwergeprüften Menschheit wirklich einen dauernden Frieden bringen könnte, dieser nur aus den Ruinen agrarischer Herrschaft als neues Leben sprühen dürfte.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Mannheim-Ludwigshafen. (Maschinenseher.) Die Mittelrheinische Maschinenfabrikvereinigung hatte seit einigen Jahren die Einrichtung getroffen, ihr weitverzweigtes

Gebiet, das den ganzen Gau Mittelrhein umfaßt, in vier Verwaltungsbezirke einzuteilen, um das Vereinsleben zu heben und nutzbringender zu gestalten. Der unselige Krieg brachte es mit sich, daß diese Verammlungen seit jenem Ausbruch nicht mehr abgehalten wurden. Zum ersten Male wieder hatte nun der Vorstand zu einer solchen Bezirksquartalsversammlung auf den 23. Juli eingeladen, und zwar die Mitglieder der Maschinensehervereine Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg, die sich sehr zahlreich in Mannheim zusammenfanden. Nach Begrüßung der erschienenen Kollegen durch Kollegen Klamm ehrte die Verammlung das Andenken des den Heldentod erlittenen Kollegen Fröschlich. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Kollege Beckhoff zum Schriftführer für den Mannheimer Verein gewählt. Im Mittelpunkt der Verammlung standen längere rühmliche Ausführungen über speziell die Maschinenseher interessierende Angelegenheiten, woran sich Mitteilungen über die Vereinsfähigkeit der beiden Maschinensehervereine Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg angeschlossen. Nach der Verammlung fand eine Besichtigung der Biermagazin-Linotype in der Druckerei Waldkirch in Ludwigshafen statt. Für ihr bereitwilliges Entgegenkommen sei der Firma auch an dieser Stelle gedankt.

Karlsruhe. Am 29. Juli abgehaltene Verammlung beschäftigte sich nach der Erung zweier gesallener Kollegen und einigen kleinen Vereinsmitteilungen in der Hauptsache mit der Berichterstattung über die von den Prinzipalvereinen bewilligten Feuerungszulagen. Der Vorsitzende Erb wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die bewilligte Zulage leider nicht mit der durch den Krieg verursachten allgemeinen Teuerung Schritt halte, und mit Bedauern müsse festgestellt werden, daß die Opfer, die jeder von uns bringe und bringen müsse, weit höher sind. Selbst die minimalen Zugeständnisse der Prinzipale, die in den Richtlinien des Deutschen Buchdruckervereins niedergelegt wurden, sind entsprechend dem Beschlusse des hiesigen Prinzipalvereins von dem größeren Teile der örtlichen Druckereien durchbrochen worden, indem die Neuzugelernten nur die Hälfte der festgelegten Zulage bekommen. Eine Eingabe an den Vorstand des hiesigen Prinzipalvereins, die beiden Organisationsvorstände zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zwecks Aussprache resp. Regelung der zu gewährenden Feuerungszulage zu veranlassen, wurde glatt abgelehnt. Nachdem nun die meisten Prinzipale glauben, nicht nach den Richtlinien des Deutschen Buchdruckervereins handeln zu müssen und für sich vorerlässliche Änderungen machen zu dürfen, so erachteten es die Gehilfen als notwendig, das hiesige Schiedsgericht als Einigungsamt anzurufen. Nach längerer Zeit kam die Sitzung auf die Tagesordnung. Die Gehilfenvertreter wurden aber sehr enttäuscht, als die Herren Prinzipale erklärten, über die Feuerungszulage überhaupt nicht zu verhandeln, und außerdem die Gelegenheit benutzten, um uns Belagerungen, Missbilligungen und beleidigende Worte entgegenzubringen. Entgegnungen der Gehilfenvertreter wollten sie nicht annehmen; auch verließen zwei der Prinzipale das Sitzungszimmer. Die hierauf folgenden Diskussionsreden ließen durchweg erkennen, daß die Zugeständnisse unserer Arbeitgeber nicht zufriedenstellend sein könnten, da andre Gewerkschaften höhere Sätze bei neuen Tarifabschlüssen errungen hätten (wozu es bei uns doch erst nach dem Kriege kommen soll; übrigens haben die ganz wenigen Tarifverneuerungen während des Kriegs in andern Gewerkschaften keine Befriedigung erweckt, da überall mehr gefordert wurde. Red.) und in verschiedenen Gewerben größeres soziales Verständnis gezeigt worden sei. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß die Papierpreise und auch die übrigen Materialien ganz gewaltig im Preise gestiegen sind, so seien auch die Druckpreise und die Bezugspreise der Zeitungen so erhöht worden, daß die Lohnverhältnisse gebessert werden könnten. Am durchhalten zu können, müsse deutlich bekundet werden, daß wir nicht zufrieden sind. Dies geschah in der einstimmigen Annahme einer Resolution (die von uns der Verbandsleitung überfandt worden ist zwecks Stellungnahme zu Beschwerden dieser Art. Red.). Unter Neuauflagen wurden dem Verbande sieben neue Mitglieder zugeführt. Der Verwalter Hof erstattete sodann den Kassenbericht für das zweite Quartal. Es wurde durch den Revisor für die tadellose, muftergültige Kassenführung Entlastung empfohlen und auch erteilt. Auch die Unterstützungsrichtungen des Verbandes wurden einer Diskussion unterzogen. Entsprechend der diesbezüglichen Diskussion fand ebenfalls eine Resolution einstimmige Annahme (die gleichfalls dem Verbandsvorstande zur Erwägung von uns übermittlekt worden ist. Red.).

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde lebenden Mitgliedern unserer Organisation ertheilten das Wiener Kreuz: Ewald Wiese (Braunschweig), Karl Böllcher (Widenscheid), Otto Berlich, Franz Grotz und Heinrich Kunze (Magdeburg), Theodor Huber (München) und Heinecke (Pilsbald). Damit haben bis jetzt 1873 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Erhöhung des Kostgeldes für Lehrlinge im Bauwesen. Auf einen Antrag der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen empfiehlte der Innungsverband Deutscher Bauwerkmeister allen seinen Mitgliedschaften von neuem, überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, eine angemessene Erhöhung des den Lehrlingen zu den Kosten ihres Lebensunterhaltes von den Lehrherren zu zahlenden Beitrages einzutreten zu lassen. Der Innungsverband hält

gegenüber der eingetretenen Teuerung eine solche Erhöhung auch deswegen für unbedingt notwendig, um dem Bauwesen einen ausreichenden handwerklichen Nachwuchs zu sichern.

Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Vom 21. bis 26. August d. J. soll in Köln in Verbindung mit der dortigen Ausstellung für Kriegsbeschädigten ein Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge abgehalten werden.

Industrielle Kriegsunterstützungen als Fesseln für die Zukunft. Merkwürdiger der Fabrikabteilung eines stellvertretenden Armeekorps enthielt kürzlich einen Bericht über Verpflichtungsbedingungen, die ein großes Industrieunternehmen seinen im Felde stehenden Angestellten in folgendem Wortlaut unterbreitet hat: „Infolge der langen Dauer des Kriegs, der zu erwartenden enormen Beseuerung der Gewinne und der heute noch unübersehbaren Geschäftslage nach Friedensschluß sind wir genötigt, unsere Interessen bei Auszahlung der Unterstützungsgeelder zu wahren. Ihre Interessen schreiben es uns aus den oben angeführten Gründen vor, in der Frage der Unterstützungsgeelder unferster Klarheit zu schaffen und Vorichtsmaßregeln zu ergreifen. Wir können nicht Unterstützungsgeelder zahlen, deren Summe schon eine beträchtliche Höhe erreicht hat, wenn wir nicht gewiß sind, daß Sie sich verpflichten, noch mindestens drei Jahre nach Beendigung des Kriegs in unsern Diensten zu verbleiben. Die Maßnahme soll keine Zwangs-, sondern eine Vorichtsmaßnahme unsererseits sein, von dem Standpunkt aus: Leistung gegen Gegenleistung. Bei der weiteren Dienstleistung Ihrerseits nach Beendigung des Kriegs soll es nicht ausgeschlossen sein, daß Gehaltsveränderungen, soweit sie unsere Interessen entsprechen, eintreten können. Diese Vorichtsmaßregel unsererseits geschieht in Übereinstimmung mit der heutigen Auffassung vieler großer Verbände und Firmen und wird jetzt allgemein eingeführt. Wir bitten Sie, die beifolgende Befähigung mit Ihrer Unterschrift zu vollziehen, worauf wir sofort die weitere Auszahlung veranlassen werden; andernfalls müßte diese von nun ab unterbleiben. Wir danken Ihnen für die bisher geleisteten Dienste, wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute und zeichnen inzwischen“ Die dem Briefe zur Unterschrift beigelegte Befähigung lautet: „Ich bestätige hierdurch, daß ich die bis zum 31. Dezember 1915 erhaltenen Unterstützungsgeelder, die bis jetzt 2000 Mk. betragen, vorrückschubweise von dem Eilen- und Stahwerk erhalten habe und weitere Unterstützungsgeelder bis nach Beendigung des Kriegs als vorrückschubweise gezahlt betrachte. Dieser Vorrückschub ist mit 5 v. H. p. a. zu verzinsen und wird als abgezahlt von Seiten der Firma betrachtet, wenn ich weitere drei Jahre nach Friedensschluß ununterbrochen in den Diensten der Firma verbleiben bin. Sollte die Firma mir trotz Verrichtung meiner früheren Arbeitsleistung vor Ablauf dieser Frist kündigen, so gilt der gesamte Vorrückschub ebenfalls als abgezahlt. Das gleiche gilt, wenn ich während des Kriegs oder innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluß fester oder eine solche Dienstbeschädigung im Dienste des Vaterlandes erleiden sollte, die mich an der Weiterverrichtung meiner früheren Arbeit verhindert. Sollte ich während des Kriegs oder innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluß meine Dienste bei der Firma aufkündigen, so ist der Vorrückschub als sofort fällig zu betrachten; ebenso wenn meine demnächstige Arbeitsleistung sich durch mein Verschulden gegen früher vermindern oder die Firma durch mein Verschulden zu einer früheren als vorstehend festgesetzten Frist zur Aufkündigung gezwungen sein sollte.“ Wenn Heereskranke, die nur durch das heldenmütige, entgangensvolle Ausharren unserer Feldgrauen in der Lage waren, ihre Betriebe auch während des Kriegs fortzuführen und Riesengewinne einzuhelmen, dazu fähig sind, die augenblickliche soziale Hilflosigkeit dieser treuen Grenzwächter in solch unerhörter Weise auszubeuten, dann wird endlich auch die Öffentlichkeit einsehen, wer die Verheerung der Angestellten betreibt. Die gelebenden Körperschaften werden aber dafür zu sorgen haben, daß derartigen Verpflichtungen, die den Kriegsteilnehmern in einer Zwangslage aufgenötigt werden, jegliche rechtliche Wirksamkeit genommen wird.

Einfluß des Kriegs auf die österreichischen Gewerkschaften. Wie nicht anders zu erwarten war, haben auch die österreichischen Gewerkschaften schwer unter den Kriegswirkungen gelitten. Immerhin kann aber konstatiert werden, daß sich die weitgehenden Beschränkungen, die vielfach zu Beginn des Kriegs gesetzt wurden, als übertrieben erwiesen haben. Die Organisationen haben die schwere Belastungsprobe bestanden und sie können mit einer gewissen Ruhe den kommenden Ereignissen entgegensehen. Den schwersten Stoß erlitten die Gewerkschaften im Jahre 1914. Obwohl die Zahl der Einberufenen im Jahre 1915 kaum wesentlich geringer war als im ersten Kriegsjahre, blieb der Mitgliederverlust ganz bedeutend hinter dem des Jahres 1914 zurück. Dazu beitrug die Sebung des Geschäftsganges, zumal in der Rüstungsindustrie, daß sich der Ansturm zu den Kasernen der Gewerkschaften im zweiten Kriegsjahre bedeutend verminderte. Die österreichischen Gewerkschaften sind schon seit einer Reihe von Jahren aus der Beurlaubung nicht herausgekommen. Seit der Jahrsdauertende begann eine kräftige Entwicklung der Gewerkschaften. Von 119050 Mitgliedern im Jahre 1901 wuchsen die Organisationen ständig bis 223099 im Jahre 1905. Das folgende Jahr brachte eine Verdoppelung der Mitgliederzahl auf 448270 und das Wachstum hielt auch im Jahre 1907 noch an, das mit 501094 Mitgliedern den bisher erklommenen Höchststand der Bewegung brachte. Das Jahr 1908 brachte mit dem Auskommen der scheidenden Separatistenbewegung einen Rückgang, und im Jahre 1909 umfaßten nach der Abspaltung der Separatisten die der Reichsgewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften nur

noch 415256 Mitglieder. Der später wieder einsehende Aufschwung ermöglichte es, das Jahr 1912 mit 428363 Mitgliedern abzuschließen. Die Balkankriegskrise, unter welcher die österreichische Industrie stark zu leiden hatte, blieb nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften. Deren Mitgliederzahlen gingen im Jahre 1913 auf 415195 zurück. Dann kam der betäubende Schlag des Weltkriegs. Die Gewerkschaften verloren im Jahre 1914 174514 Mitglieder, am Jahreschlusse waren nur noch 240681 vorhanden. Der Rückgang hielt auch im Jahre 1915 an, aber die Mitgliederzahl verminderte sich nur um 63568, so daß die Jahresrechnung mit 177113 Mitgliedern abschließt. Insgesamt haben die österreichischen Gewerkschaften während des Kriegs 238082 Mitglieder oder 57,3 Prozent ihres früheren Bestandes verloren. Wenn man in Betracht zieht, daß rund 200000 Gewerkschaftsmitglieder unter den Waffen stehen, dann wird man zugeben müssen, daß sich die österreichischen Gewerkschaften im großen und ganzen recht gut gehalten haben. Ein wunder Punkt ist die Organisationsfreude der weiblichen Mitglieder. Obwohl auch in Österreich die Frauarbeit während der Kriegsbauer eine gewaltige Steigerung erfahren hat, ist die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ganz bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1913 zählten die Verbände 42979, im Jahre 1915 nur noch 25689 weibliche Mitglieder, also ein Rückgang um 40,2 Prozent. Bei den männlichen Mitgliedern betrug der Rückgang von 372216 im Jahre 1913 auf 151424 im Jahre 1915: 220792 oder 59,3 Proz. Im Jahre 1913 bildeten die weiblichen Mitglieder 10,4 Proz. des Gesamtbestandes, im Jahre 1915: 14,5 Proz. Die Gesamtentnahmen der Gewerkschaften hatten im Jahre 1913 10036521 Kronen betragen; im Jahre 1914 gingen sie auf 8274012 Kronen zurück und im Jahre 1915 erliefen sie eine weitere Verminderung auf 4979997 Kr. In entsprechender Weise bewegten sich auch die Ausgaben, die von 10058297 Kronen im Jahre 1913 auf 9922301 Kr. im Jahre 1915 zurückgingen. Die im Jahre 1914 eingetretene Vermögensverminderung war am Schlusse des Jahres 1915 nahezu ausgeglichen. Die Gewerkschaften verfügten Ende 1915 über einen Vermögensbestand von 14357000 Kr. Dieses günstige finanzielle Ergebnis ist hauptsächlich durch die verminderte Anforderung an Arbeitslosenunterstützung erzielt. Diese hatte erfordert: 1912 = 1403067 Kr., 1913 = 2204801 Kr., 1914 = 3023780 Kr., im Jahre 1915 aber nur 504617 Kr. Bei der Kassenbearbeitung der österreichischen Gewerkschaften ist zu beachten, daß diese aus Rücksicht auf die bestehenden Geleße gezwungen sind, neben den Gewerkschaften in sogenannten freien Organisationen Widerstandsfonds zur Führung ihrer Lohnkämpfe anzuschließen. In den Abrechnungen der Gewerkschaften treten somit die Einnahmen und Ausgaben der Widerstandsfonds nicht in Erscheinung. Die Mitglieder der Gewerkschaften verteilen sich auf 52 Zentralverbände und 22 Landes- oder Lokalvereine mit zusammen 2665 Ortsgruppen. Im Jahre 1913 existierten 4189 Ortsgruppen. Die stärksten Verbände waren die Eisenbahner mit 38013, die Metallarbeiter mit 28606 und die Textilarbeiter mit 26529 Mitgliedern. Sehr ungleich verteilen sich die Mitglieder auf die einzelnen Kronländer. Der Löwenanteil mit 67462 oder 38,08 Proz. der Gesamtzahl entfällt auf Wien. Dann folgt Böhmen mit 40432 oder 22,83 Proz. Im weitest Abstände kommt Niederösterreich mit 16798 oder 9,48 Proz., Steiermark mit 13328 oder 7,52 Proz., Mähren mit 11943 oder 6,74 Proz., Schlesien mit 8520 oder 4,81 Proz., Oberösterreich mit 6344 oder 3,59 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder. Auf die andern Kronländer entfallen je weniger als 2 Proz. Diese Zahlen geben einen ungefähren Anhalt für die Beurteilung der Verteilung der Industrie in Österreich. Außerhalb Wiens hat die gewerkschaftliche Agitation mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotz der durch den Krieg bewirkten Mitgliederverluste gewährt der Stand der Gewerkschaften Österreich am Schlusse des Jahres 1915 ein befriedigendes Bild; es rechtfertigt die Erwartung, daß nach der Wiederkehr des Friedens auch die gewerkschaftlichen Organisationen in Österreich einen kräftigen Aufschwung nehmen werden.

Die gewerkschaftliche Internationalität in englischer Beleuchtung. Zwei Gelehrte der jüngeren englischen Generation, Cole und Mellor, beschäftigten sich kürzlich im Londoner sozialistischen Arbeiterblatte „Herald“ mit der Frage der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege. Nach einem allgemeinen Überblick über den Stand dieser Sache vor dem Krieg und dem offenen Eingeständnisse, daß sich die englische Arbeiterchaft im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften leider viel zu wenig um internationale Gewerkschaftsfragen gekümmert habe, werfen sie die Frage auf: Was soll nach dem Kriege geschehen? Den diesbezüglichen Beschlüssen einer kürzlich in Leeds abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaften der Verbandsmächte, die neben einer Verlegung des internationalen Sekretariats von Deutschland nach einem sogenannten neutralen Land auch auf rivalisierende Tendenzen unter den verschiedenen Gewerkschaften in Hinblick auf nationale Wirtschaftskonflikte hinworf, stehen die beiden Kritiker ablehnend gegenüber. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß wenn die Verbandsmächte so strikt sein wollten, nach dem Krieg in einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland einzutreten, es die Pflicht der Gewerkschaften der Verbandsmächte sein müßte, sich von derartigen Nivalitäten fernzuhalten. Die Sache der Arbeiter sei überall dieselbe; der Eintritt in eine Verbindung von Nationen, die gegen eine andre Gruppe von Nationen kämpft, würde gleichbedeutend sein mit dem Anschluß an eine nationalkapitalistische Aktiengesellschaft. Ein solcher Eintritt würde bedeuten, daß die Solidarität zwischen Kapital und Arbeit Englands oder Frankreichs stärker sei als die zwischen

liche Solidarität zwischen dem englischen oder französischen und dem deutschen Proletariat. Im Namen des Reichs-Schutzgolds würden die hinterlistigen Kapitalisten und Singschik bemühen, die Arbeiterklasse für einen Plan zu gewinnen, zukommen mit ihnen für den Umsturz einer rassistierenden Nation zu wirken. „Sind die Gewerkschaften entschlossen, nicht zu Parteien des Kapitals zu werden, so müssen sie, sobald der Krieg vorüber ist, vor allem die gewerkschaftliche Internationale wieder herstellen und besetzen. Das internationale Sekretariat muß wiederbelebt und seine statistische Arbeit erneuert werden; außerdem muß es mit neuen Vollmachten und mit größeren Befugnissen ausgerüstet werden. Insbesondere ist es nötig, die internationalen Verbände wieder zu neuem Leben zu wecken, denn es werden zahlreiche Probleme entstehen, über die es für das Proletariat vorteilhaft sein wird, zu über-einkommenden Ansichten zu gelangen. Ihre Lösung wird aber erschwert durch Leute wie Schn Sodge, die behaupten, daß die Unternehmer keine guten Löhne zahlen können, wenn sie nicht die Vorteile des Schutzzolls genießen. Mit der Zeit wird die gewerkschaftliche Internationale erstarken und wirksam werden. Vorläufig besteht unsere Aufgabe darin, nicht zu gestatten, daß der Krieg den Rahmen der Internationalen sprengt. Die britischen Arbeiter sollen sich bemühen, das vor dem Krieg ausgerichtete Gerüst des entstehenden Baues der Internationale zu schützen. Sie sollen auch darauf sehen, eine größere internationale Rolle zu spielen, als bis jetzt. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn der Gewerkschaftskongreß sich der Internationale anschließen würde. Die Leiden des Proletariats sind in allen Ländern dieselben. Die britische Arbeiterbewegung soll in die Zukunft blicken und sofort nach dem Kriege daran gehen, einen umfassenden internationalen Gewerks-

chaftsbund zu gründen.“ Diese Gedanken sind gewiß alle recht schön und gut, ob sie aber bei den englischen Arbeitern Verständnis finden werden, ist sehr zweifelhaft. Denn alle bisherigen Erfahrungen auf diesen Gebieten lassen da nur schwache Hoffnung aufkommen. Hauptfache ist dagegen, daß endlich selbst in englischen Arbeiterkreisen berechtigte Kritik einsetzt.

Briefkasten.

M. G. in S.: Wird jedenfalls schon vor dem genannten Tage gebracht. Unlern Dank für diese losulagen aktuelle Unterfützung! — E. B. in B.-L.: Ihre Entrüstung erscheint uns zu sehr eingebogen vom Standpunkte des Nächst-interessierten, sonst hätten Sie herausfinden müssen, daß fragliche Notiz lediglich Auswüchse von jener Sache und gewisse Gefahren von den ihr Diennenden ferngehalten wissen will. Das ist weit häufiger nach den andern Richtungen und den dort ausgeübten Einflüssen gegenüber zum Ausdruck gekommen. Wir nehmen an, daß Sie damit einverstanden waren, vermissen deshalb um so mehr die nötige Unbefangenheit in diesem Falle. Die von uns in jener Notiz zitierte Meinungsäußerung des sozialdemokratischen Organs in Weimar über die Angelegenheit hätte eigentlich Ihr Mißfallen viel eher finden müssen. Was Sie schließlich als Notwendigkeiten für den gedachten Personenkreis erwähnen, macht auf uns fast den Eindruck, als gebörten Sie nicht zu den aufmerksamen Lesern des Verbandsorgans. Der „Korr.“ hat bei sich hienieder Gelegenheit Reformen hier schon verschiedentlich das Wort geredet und wird das auch ferner tun. Die geeignete Form muß uns allerdings überlassen bleiben. — F. F. in S.: Eingang wird bestens grüßend bestätigt. — W. Sch. in Neurruppin: 2,30 Mk. — W. P. in Sildburghausen: 3,05 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Abresenveränderungen.

Mürnberg. Bezirks-Buchdruckmaschinenvereins, Vorstands: Edwin Steinmeß, Wilhelmstraße 10 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Westpreußen der Seher Otto Standke, geb. in Berlin-Niederschönberg 1897, ausgel. in Dirschau 1916; war noch nicht Mitglied. — S. M. David in Danzig, Große Schwabengasse 27 p.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die verehrlichen Funktionäre werden gebeten, dem Drucker Wilhelm Fardor (Hauptbuchnummer 42595), geboren zu Barfisdorf am 23. November 1882, bis vor kurzem in Zillst tätig, das Quittungsbuch abzunehmen und selbiges an die Hauptverwaltung einzuliefern. Beiträge sind bis auf weitere Anweisung von dem genannten Kollegen nicht entgegenzunehmen.

Berammungskalender.

Bonn. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. August, mittags 1 Uhr, im Gasthause „Zur Linde“ in Godesberg, Bonner Straße 4.
Stalle. Maschinenherauptversammlung Sonntag, den 13. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant S. Sommer, Graben 52/54.

Züchtigen Maschinenmeister c

für Drei- und Vierfarbendruck (Postkarten) sucht für sofort [49]
 Max Dethlefs, Buch- und Kunstdruckerei, Stuttgart, Immenhofstraße 17a.

Züchtige

Schriftseker

zum eventuell sofortigen Antritt gesucht. [57]
 G. Eiwilna, Buchdruckerei, Kalkowitz.

Züchtige Schriftseker

bewandert in Anzeigen und leichtem Handzettel, sofort gesucht. [93]
 Engmanns & Koehler, „Berliner Anzeiger“, Serne 1. W.

Sofort gesucht ein

Typographseker

und ein [83]

Monotypeseker

Angebote mit Gehaltsansprüchen an
 Julius Behl, Hofbuchdrucker, Langenfalza.

Stotter

Maschinenseker

für Linotype wird sofort in gutbezahlte und dauernde Stellung gesucht. Offerten unter Nr. 92 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Züchtiger

Buchdruckmaschinenmeister

findet sofort dauernde Stellung. Meistinger Arbeiter.
 Karl Schürmann, Sagen i. Westf., Eberfelder Straße 37.

Züchtiger

Buchdruckmaschinenmeister

möglichst mit Königs Bogenanleger verkauft, für sofort in dauernde Stellung gesucht. [91]
 Buchdruckerei Max Kieffersfeldt, Berlin-Schöneberg.

Zwei

Maschinenmeister

für dauernde und angenehme Stellung sucht
 Buchdruckerei Koshow, Berlin S 14, Alexandrinenstraße 77.

Mittlerseker

Maschinenmeister

gesucht für dauernde Beschäftigung. [141]
 Buchdruckerei Paul Zug & Co., Rüstingen i. Dobb., Peterstraße 76.

Maschinenmeister

der versteht an großer Schnellpresse mit Königs Bogenanleger arbeiten, auf einige Wochen gesucht. Lohn nach Vereinbarung. [79]
 Buchdruckerei S. Niehe & Co., Braunschweig, Schloßstraße 8.

In besserem Werk- und Plattendruck leistungsfähige Maschinenmeister suchen in dauernde Stellung [58]
 Gebhardt, Zahn & Landt, G. m. b. H., Buchdruckerei, Berlin-Schöneberg, Belsiger Str. 61.

Rotationsmaschinenmeister

und Rotationshilfsarbeiter für mittleren Gehaltsbereich in Dauerstellung bei höchem Lohn gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an [80]
 „Germania“ N.-G., Berlin C 2, Stralauer Straße 25.

Züchtigen Monotypeseker

suchen sofort in dauernde Stellung. [82]
 Gebhardt, Zahn & Landt, G. m. b. H., Buchdruckerei, Berlin-Schöneberg, Belsiger Str. 61.

Strebjamem Kollegen

bietet sich Gelegenheit, in größter Industriestadt Süddeutschlands stoll beschäftigte, reich ausgestattete [82]
Druckerei
 mit verfragt. amlichen Arbeiten zu übernehmen. Nütiges Kapital 20 000 Mk. Offerten unter Nr. 84 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.



Sekerblusen

echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe: 809] 119] 120] 130] 140]cmg.
 Qual. extra Pa. 3,60, 3,80, 4,00, 4,20]Mk.
 „ extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00
 „ Pa. 3,15, 3,35, 3,50, 3,70
 „ I 2,95, 3,10, 3,25, 3,50
 „ II 2,65, 2,85, 3,00, 3,20
 „ III 2,35, 2,50, 2,70, 2,90
 Maschinenmeisteranzüge zu 2,50-6 Mk. Mit nur 40 Proz. Zuschlag.

Arno Hold in Gera (N.)

Fabrik für Berufsleidungen, Wäsche.
 Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. E. Fritz, Mainz, Mainzstraße 30.



Zeitzahlung.

Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländischer Schmuck.
 Kataloge gratis und franko liefern
Sonab & Co., Berlin A. 407, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Nach kurzem Leiden verstarb am Mittwoch, dem 9. August, unser lieber Kollege, der Stereotypner [85]
Max Otto Franz Bosse

in seinem 51. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Gedächtnis bewahren.
 Die Verbandsmitglieder der Druckerei des „Leipziger Tageblattes“.

Der Heldentod für das Vaterland erlitt am 23. Mai unser lieber Kollege, der Seher [88]
Emil Seifert

aus Steglitz, zuletzt in Prenzlau kon-ditionierend. [88]
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Eberswalde.

Als Opfer des Weltkriegs starb infolge der im Westen erlittenen Verwundungen unser lieber Kollege [90]
Walter Schmeckebier

aus Berlin, im Alter von 37 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der „Kreuz-Zeitung“, Berlin.

Wiederum haben wir zwei Opfer des Weltkriegs zu beklagen, und zwar die Seher [92]
Paul Seidel

aus Magdeburg, im 38. Lebensjahre, und **Bernhard Schröder** aus Magdeburg, im 29. Lebensjahre. Durch ihren Pflichteifer und ihre Verbandsstreue haben sie sich bei uns ein dauerndes Andenken gesichert. Ortsverein Magdeburg.

In den schweren Kämpfen auf dem westlichen Kriegsschauplatz mühten wiederum zwei liebe Kollegen aus unserer Mitte ihr Leben opfern. Am 16. Juli der Seher [86]

Johannes Kraiser

im 23. Lebensjahre; am 27. Juli der Seher [87]
Willi Krauß
 im 31. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihnen bewahrt
 Der Bezirksverein Mittenburg.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz erlitt am 20. Juni infolge eines Brustschusses den Heldentod für das Vaterland der Seher [81]

August Frede

aus Meerfeld, im Alter von 23 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt
 Der Bezirksverein Bochum.

Ein fünftes Opfer rih dieser Krieg aus unsern Reihen. An seiner bei den letzten Kämpfen im Westen erlittenen zweiten Verwundung verstarb kürzlich im Lazarett zu Montmédy unser lieber Kollege, der Seher [89]

Wilhelm Neuen

aus Leddin (Kreis Ruppin), kurz vor Vollendung seines 23. Lebensjahres. Auch ihm mit seinem ruhig-freundlichen Wesen werden wir ein treues Gedächtnis bewahren.
 Ortsverein Sildburghausen, Bezirksverein Koburg.

Wiederum rih der Völkerring eine Rüste in unsre Reihen. Am 10. Juli erlitt im Osten den Heldentod unser lieber Kollege, der Seher [86]

Otto Regel

geboren 12. Januar 1891 in Krossen a. D. Auch ihm wird ein unauslöschliches Andenken bewahrt
 Der Bezirksverein Neurruppin.

Zum vierten Male sind wir in die traurige Lage verseht, den Seldentod eines lieben Mitarbeiters bekanntzugeben. Unser braver Kollege, der Seher [94]

Emil Stauch

geboren am 24. Mai 1883 in Stralsund, fiel in den letzten schweren Kämpfen im Westen. Durch sein bescheidenes, kollegiales Wesen hat er sich ein dauerndes, ehrendes Andenken bei uns gesichert.
 Die Inhaber und Mitarbeiter der Firma Radelli & Hille, Leipzig. Die Kollegen der Redaktion des „Korr.“